

## **Das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen von Reykjavik 1986 und Helmut Kohls Verzicht auf die INF-Waffen\***

**Stefan Fröhlich**

Im Rückblick betrachtet stand die erste Hälfte der 1980er Jahre, insbesondere die Phase zwischen 1983 und 1985, im Zeichen der so genannten „Doppel-Null-Lösung“ bei den Mittelstreckenraketen mit längerer (1000–5000 km) und kürzerer (500–1000 km) Reichweite, wie sie Reagan bereits im November 1981 präsentiert hatte; dies war auch die regierungsoffizielle Position und damit mussten sich die westlichen Bündnispartner alle in irgendeiner Form arrangieren – trotz schon anders lautender Gedanken, zumindest auf der Arbeitsebene.<sup>1</sup> Die Regierung Kohl unterstützte diese „Doppelnull-Lösung“ und 1985/86, im Vorfeld des Reykjavik-Gipfels, erfuhr sie einen neuen Impuls spätestens von dem Moment an, da Gorbatschow Anfang 1986 einmal mehr die Beseitigung aller Kernwaffen vorschlug – verbunden allerdings erneut mit der Frage nach einer möglichen Einbindung bzw. dem Bestand der französischen und britischen strategischen Kernwaffen.

Reagan verwies damals in der Antwort auf den von der amerikanischen Delegation in Genf am selben Tag vorgelegten Vorschlag, wonach alle Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion weltweit in drei Etappen abgerüstet werden sollten: bis Ende 1987 Begrenzung der Flugkörper in Europa auf je 140 Startgeräte mit maximal 450 Gefechtsköpfen; bis Ende 1988 Verringerung auf jeweils 70 Systeme in Europa bzw. Verringerung des sowjetischen Bestandes in Asien auf 44 SS 20; und dann bis 1989 die vollständige Beseitigung aller INF-Systeme längerer Reichweite in Europa und im asiatischen Teil.<sup>2</sup>

Das waren im Vorfeld des Gipfeltreffens die Grundpositionen, an denen man auch nicht allzu viel gerüttelt hatte. Im September 1986, einen Monat vor dem Gipfel, wartete Gorbatschow erneut mit einem Vorstoß außerhalb der Genfer Verhandlungen auf. Im Rahmen bilateraler Konsultationen schlug er vor, das beiderseitige INF-Potential längerer Reichweiten auf je 100 Gefechtsköpfe zu begrenzen und die Zahl der sowjetischen Raketen in Asien einzufrieren, wenn die Vereinigten Staaten im Gegenzug ihre Pershing-II-Raketen aus Europa ab-

---

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 3./4. Februar 2014 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Kassel 1983, Ziffern 376 und 377; Europa-Archiv 24 (1981), S. D 104ff.

2 Vgl. Lothar Rühl: Mittelstreckenwaffen in Europa. Ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik. Baden-Baden 1987, S. 339f.

zögen und keine INF-Systeme längerer Reichweite außerhalb Europas in Reichweite zu sowjetischem Territorium stationieren würden.

Das war erneut ein klares Signal von Moskau, letztendlich mit der Präferenz für die auf Europa bezogene Null-Lösung. Washington konterte mit einem Gegenvorschlag, der eine weltweite, nicht nur auf Europa bezogene Obergrenze bei den INF-Systemen von 200 Gefechtsköpfen vorsah. Von diesen sollten wiederum je 100 in Europa und im asiatischen Teil der Sowjetunion bzw. 100 im europäischen Teil Russlands und in den USA stationiert werden. Außerdem forderten die USA eine Einbeziehung der INF kürzerer Reichweite (500–1.000 km), um ein Unterlaufen der Vereinbarung letztendlich mittels einer neuen Waffenkategorie zu verhindern. Das war eigentlich die Position, wie sie seit dem NATO-Doppelbeschluss 1979 Bestand hatte und in allen amerikanischen Vorschlägen über Begrenzungen im Mittelstreckenbereich seit 1981 enthalten war. Und dies bedeutete nichts anderes als ein gewisses Entgegenkommen bei der Option einer europäischen Null-Lösung.

Der Vorschlag wurde in Europa und bei den europäischen Bündnispartnern durchaus begrüßt. Auch die Verringerung der Zahl der INF-Systeme längerer Reichweite auf 100 km fand Zustimmung, da damit die USA die vollständige Beseitigung aller landgestützten Flugkörpersysteme mittlerer Reichweite auf Drängen der Europäer zum ersten Mal im Grunde genommen zur Forderung erhoben hatten. Allerdings wollten die Bündnispartner die Idee durch eine Vereinbarung über Anschlussverhandlungen mit dem Ziel einer Begrenzung der INF-Systeme kürzerer Reichweite, also mit Reichweiten zwischen 150 und 500 km, auf einem niedrigen, paritätischen Niveau ergänzt sehen.

Damit brachte die Bundesregierung die „Singularisierungsthese“ von Helmut Schmidt erstmals wieder ins Gespräch. Erst im Laufe des späteren Jahres 1986 begann sich somit Widerstand gegen eine eventuelle Einigung der beiden Weltmächte auf Kosten Europas in Bonn zu regen. Tatsächlich ließ sich die Struktur der europäischen Sicherheit im Sinne größerer Stabilität aus Sicht der Bundesregierung und auch einiger Bündnispartner nur korrigieren, wenn der Westen eben nicht nur einen Verzicht beider Seiten auf Mittelstreckenwaffen anstrebte, sondern darüber hinaus eben auch eine gleichgewichtige Begrenzung der INF-Systeme kürzerer Reichweite. Das war also der Ausgangspunkt.

### *Der Gipfel von Reykjavik*

Unter diesem Zeichen fand am 11. und 12. Oktober 1986 der Gipfel von Reykjavik statt, ein Gipfel, der eigentlich ohne ein wirklich konkretes Ergebnis zu Ende ging und trotzdem enorme Wirkung entfaltete und Diskussionen auslöste. Immerhin verbindet sich mit dem Gipfel bis heute der bis dato umfassendste und weitreichendste Gedankenaustausch beider Supermächte über eine Reduzierung der Atomwaffen insgesamt. Dies war wohl auch die Lesart gerade in

Moskau, das an einem Punkt gar die Abschaffung aller Atomwaffen innerhalb von zehn Jahren ins Auge gefasst haben soll. So hat das Schewardnadse auch während einer Pressekonferenz im November 1986 geäußert.<sup>3</sup>

Das große Hindernis war wohl einmal mehr Gorbatschows Forderung, die Stationierung des SDI-Systems, das auch noch im Gespräch war, vertraglich an diesem Punkt auszuschließen, und außerdem eine parallele Einigung bei den strategischen Waffen zu erzielen. Wieder wünschte Moskau eine Paketlösung.

Die Verhandlungsergebnisse von Reykjavik kann man in drei Punkten zusammenfassen: 1. Bei den INF-Systemen längerer Reichweite wurde eine Null-Lösung in Europa vorgesehen, während beide Seiten jeweils 100 Gefechtsköpfe außerhalb Europas verbleiben lassen wollten. Drittstaatensysteme sowie Kampfflugzeuge mit Mittelstreckencharakter blieben insgesamt ausgeklammert. 2. Bei den strategischen Systemen wurde eine Reduzierung der sowjetischen Trägersysteme auf je 1.600 km, bei den Sprengköpfen auf je 6.000 km vereinbart. 3. Es wurde eine eher vage Vereinbarung gefasst, die die Beseitigung der strategischen Waffen, wie eben angedeutet, innerhalb von zehn Jahren vorsah.<sup>4</sup>

Damit stand Ende 1986 ein Abkommen über die Mittelstreckensysteme längerer Reichweite in Aussicht. Es bestanden aber nach wie vor erhebliche Differenzen in der Frage der INF kürzerer Reichweite sowie in der Behandlung der Kurzstreckensysteme. Auch das Problem der Verifikation sollte sich in den nächsten Monaten als ernsthafte Hürde für ein INF-Abkommen herausstellen. So war man in NATO-Kreisen damals der Auffassung, dass ein solches Abkommen die bestehenden Unausgewogenheiten bei den SRINF-Systemen kürzerer Reichweite nicht ignorieren dürfe, zumal man nicht bereit war, das gleichsam bestehende Ungleichgewicht bei den konventionellen Streitkräften zu beseitigen.<sup>5</sup> Tatsächlich setzten die weltweite Beseitigung aller Offensivraketen und der Abbau der INF-Systeme längerer Reichweite in Europa die Bündnispartner schlicht und einfach – und das war der Tenor in NATO-Kreisen – der Gefahr der weit überlegenen Angriffskräfte des Warschauer Pakts aus, die in kurzer Entfernung zu ihren operativen und strategischen Zielen in Westeuropa standen, ohne dass die NATO hinreichend nukleare Reaktionsoptionen besaß.

Man dachte seit 1981 also bereits laut über die Frage nach einer Lösung nach, wie sie eigentlich bereits im NATO-Doppelbeschluss angedacht gewesen war und wie sie vor allen Dingen in der seit 1981 verfochtenen „Null-Lösung“

---

3 So Lothar Rühl im Gespräch mit dem Verfasser.

4 Vgl. Rühl: Mittelstreckenwaffen in Europa, S. 350ff.

5 Herbsttagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel, 5. Dezember 1986: Europa-Archiv 3 (1987), S. D 74–77.

angelegt war. Im Falle einer Beseitigung aller Mittelstreckenraketen längerer Reichweite musste eine Nachrüstung in irgendeiner Form in der Reichweitenkategorie unterhalb von 1.000 km ins Auge gefasst werden, auch wenn die politischen Grenzen einer solchen Lösung, etwa im Rahmen der Kurzstreckensysteme, natürlich sehr rasch zutage traten.

### *Befürchtungen der Europäer und der Bundesregierung*

Das was war die Ausgangssituation. Was war die Reaktion der Europäer? Seitdem wurde auch in Bonn die Gefahr artikuliert, dass sich Washington nach Reykjavik mit Moskau über die Köpfe der Europäer hinweg vielleicht doch arrangieren könnte und am Ende die strategischen Sicherheitsinteressen Amerikas wie Europas aufs Spiel setzte. Dabei wurde gleichzeitig auch Gorbatschows Abrüstungsrhetorik ein Stückweit aufgewertet. Es gab in der Bundesregierung, wie in allen Mitgliedstaaten, durchaus empfängliche Seiten für diese Sicht und Lesart und so konnte natürlich politischer Boden gegenüber der Sowjetunion verloren werden. Dass sich diese Argumentation je nachdem nur bedingt mit dem Ziel der Europäer verträglich, das auf Europa zugeschnittene sowjetische Angriffs- und Drohpotential moderner Mittelstreckenwaffen zu beseitigen, war das eigentliche Dilemma, die eigentlich Krux der Abrüstungsdiskussion der Jahre 1984 bis 1987.

Innerhalb der Bundesregierung kam es ab diesem Zeitpunkt auch verstärkt zu Versuchen, eine „Null-Lösung“ tatsächlich nunmehr bei den INF-Systemen kürzer Reichweite zu verhindern oder zumindest zu modifizieren. In der Regierungserklärung vom 18. März 1987 hatte der Bundeskanzler diese Sorge über die drückende sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite bereits artikuliert und darauf gedrängt, dass es so etwas wie Folgeverhandlungen geben sollte. Nunmehr wurde offener diskutiert über die Reduzierung auf ein möglichst niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen. Es blieb aber seit Ende 1986 das Dilemma der europäischen NATO-Staaten und eben auch für die Bundesrepublik, dass sie alle Vorbehalte gegenüber einem bevorstehenden Abschluss eines solchen Abkommens nur in einer abgeschwächten Form vorbringen konnten, da die einstimmige Unterstützung natürlich zunächst einmal im Vordergrund stehen musste. Und deswegen kam es auch bereits im September 1987 zur Unterzeichnung des INF-Vertrages in Washington, mit dem Washington und Moskau nicht nur den Abbau der Mittelstreckensysteme längerer Reichweite, den ursprünglichen Verhandlungsgegenstand, sondern auch die Systeme mit kürzeren Reichweiten zwischen 500 bis 1.000 km beschlossen.

Deren Einbeziehung führte tatsächlich im Ergebnis zu der berühmten „doppelten Null-Lösung“ unter Einschluss der 72 mit amerikanischen Sprengköpfen ausgestatteten deutschen Pershing IA, die auch innerhalb der Bundesregie-

rung umstritten war. So kam es relativ rasch zu dem ersten großen Abkommen, das allerdings gerade mal fünf Prozent der weltweit vorhandenen nuklearen Gefechtsköpfe auf beiden Seiten beseitigte. Ein Grund für diesen Erfolg lag sicherlich auch darin, dass das Thema INF so etwas wie ein Mitwirkungsmodell für die Europäer im Abrüstungsprozess zwischen den USA und der Sowjetunion war. Und selbst wenn die Regierung Kohl in dieser Zeit den INF-Abschluss nicht in ihrem Sinne beeinflussen konnte, so drängte Bonn zumindest sehr stark darauf, seine nicht immer eindeutige Position in Washington wie auch in Moskau im Sinne eben einer Doppelstrategie plausibel zu machen: uneingeschränkte Gültigkeit der Strategie der flexiblen Antwort nach Westen trotz des SDI-Systems einerseits, Behauptung des entspannungspolitischen Profils dieser Regierung nach Osten hin anderseits.<sup>6</sup>

### *Entscheidungsprozesse innerhalb der Bundesregierung*

Während der Verhandlungen der beiden Supermächte entwickelte sich in der Bundesrepublik tatsächlich auch eine ernsthafte oder eine nicht zu unterschätzende Kontroverse über deren Haltung in der INF-Frage, die sich bekanntermaßen nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern auch und vor allem zwischen den Parteien der Regierungskoalition abspielte. Diese war geradezu zwangsläufig, betrachtet man den mit der INF-Entscheidung letztendlich verbundenen strategisch konzeptionellen Bruch mit Washington. Eine Interessengleichheit konnte nicht bestehen, eine „Null-Lösung“ musste für die westeuropäischen Bündnispartner und eben auch für die Bundesrepublik im Grunde von unten anfangen; das war der berühmte Nexus, um das Bindeglied INF zu erhalten. Und immerhin waren die leidenschaftlich diskutierten Begründungen für den Doppelbeschluss damals immer eingebettet in die innere Logik der gültigen NATO-Strategie – eine sicherheitspolitische Logik, die natürlich unterschiedliche Ausformulierungen und Ausformungen von Interessen der Partner mit einer Klammer von Solidarität und, wenn irgendwie möglich, auch eines auf alle verteilten Risiken verband. So aber überwand am Ende politische Überlegungen im Interesse der Bündnissolidarität die strategisch-konzeptionellen.

Vor diesem Hintergrund sind die Positionen relativ kurz und knapp zu umreißen. Wir wissen innerhalb der Regierungskoalition um die Diskussion und die Debatten in Zusammenhang damit. Der FDP-Koalitionspartner stellte sich in dieser Frage bis zur offiziellen Billigung der „Doppelnull-Lösung“ durch die Bundesregierung im Juni 1987 auf der NATO-Ratssitzung in Reykjavik geschlossen hinter den Außenminister, der von Anfang an an der im Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses angelegten und in Aussicht genommenen

6 Vgl. Christian Hacke: Weltmacht wider Willen. Berlin 1993, S. 355.

Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite festhielt und sich mit Blick auf weitergehende Abrüstungsschritte immer sehr flexibel zeigte.<sup>7</sup> Jedenfalls hat er es in dieser Zeit verstanden, zumindest auch in der Öffentlichkeit bei jeder Gelegenheit die „Doppelnull-Lösung“ als die quasi offizielle Position der Bundesregierung anzugeben und im Interesse natürlich der gesamt-europäischen Sicherheit zu verkaufen, obwohl das durchaus umstritten gewesen ist. Nicht verstanden hatte er hingegen, „unter wessen Druck eigentlich der Kanzler bei der ‚Doppelnull-Lösung‘ wie auch in der Frage der Einbeziehung der Pershing IA gestanden“ habe – ob mehr unter dem des Kanzleramts oder eben aus dem BMVg. Jedenfalls sei seiner Meinung nach Kohl vielleicht sogar ein Stück weit von den Amerikanern „enttäuscht“ gewesen, als das Angebot der „Doppelnull-Lösung“ schließlich auf dem Verhandlungstisch lag.<sup>8</sup>

Abgesehen davon blieb Genschers Interesse am großen strategischen Wurf als Entspannungspolitiker. Anders als der Kanzler, der zunächst nur an einer INF-Vereinbarung interessiert war, strebte Genscher auch sehr viel rascher nach einer umfassenderen Lösung in diesem Zusammenhang. „Wirkliches Interesse an der Rüstungskontrollpolitik“ als eine Art außenpolitisches Instrument für die Kooperation mit dem Osten entwickelte er vor allem von dem Moment an, als sich mit Gorbatschow wirklich neue Chancen im Ost-West-Verhältnis auftaten.<sup>9</sup> Deswegen war er letztlich auch zu gewissen Vorleistungen durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen des Westens gegenüber Moskau bereit, auch wenn er es ebenso ablehnte, durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen des Westens „Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Europa“ zu schaffen.<sup>10</sup>

Der Kanzler selbst stand in dieser Frage ganz offensichtlich zwischen seinem Außenminister, der einen Verhandlungserfolg der beiden Supermächte auf keinen Fall gefährden wollte, und Verteidigungsminister Manfred Wörner, der mit Rückenwind aus München vor allem seit 1985, als sich tatsächlich eine umfassende Lösung für die Mittelstreckensysteme abzeichnete, wohl immer wieder beim Kanzler auf gemeinsame Obergrenzen gedrängt haben muss. Zwischen 1985 und 1987 stellte sich heraus, dass diese inneren Zwänge Kohl natürlich ein Stückweit in einen Konflikt mit den äußeren brachten, denn zu diesem Zeitpunkt verfügte Kohl nicht über den innerparteilichen, innerfraktionellen Spielraum, wie ihn der Außenminister hatte. Außerdem lag ihm ganz

7 Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Ziele deutscher Außenpolitik, in: Bulletin, Nr. 10, 28. Januar 1987, S. 72f.

8 Genscher im Gespräch mit dem Verfasser.

9 Gespräch mit Josef Holik, Rüstungskontrollbeauftragter der Bundesregierung im AA 1987–1989.

10 Ebd.

deutlich daran, in Washington in dieser Phase an der Bündnissolidarität dieser Koalition keine Zweifel aufkommen zu lassen.

Um seiner Koordinierungsfunktion gerecht zu werden, behielt man im Kanzleramt – im Gegensatz zum Auswärtigen Amt – stets den eben angesprochenen strategischen Nexus wesentlich stärker im Auge, das heißt, die Balance zwischen strategischem Denken und Rüstungskontrolle. Dabei besaß natürlich das transatlantische Verhältnis bis 1985 im Kanzleramt oberste Priorität. Zwischen 1985 und 1987 aber, also in der entscheidenden Phase der INF-Verhandlungen, als sich Gorbatschows Reformkurs ankündigte und auch Genscher gegenüber Moskau vor allem eine Abrüstungspolitik der Vorleistungen betrieb, geriet auch im Kanzleramt der bisherige Standpunkt ins Wanken, wonach weitere Abrüstungsschritte genau umgekehrt von Vorleistungen Moskaus abhängig sein sollten. Der Kanzler wollte die nukleare Eskalationslücke schließen im Falle einer ungefähren strategischen Parität.

In der Phase 1983 bis 1985 lässt sich somit eindeutig von einer ambivalenten Haltung des Kanzleramts sprechen. Diese war eher Ausdruck der inneren Zwänge der Koalitions- und Parteiräson als der eigenen Grundüberzeugungen des Kanzlers, wie die Rüstungskontrolldebatte in diesem Zeitraum belegt, als Kohl sich mehrfach deutlich zu den ursprünglichen Zielen des Stationierungsbeschlusses bekannte. So bereitete im Kanzleramt der Leiter der Gruppe 23 in der Abteilung 2, Kapitän z. S. Weißer, unmittelbar nach Umsetzung des Doppelbeschlusses auf Anordnung Teltschiks ein ca. 40 Seiten starkes, internes Papier zu operativ-strategischen Fragen der künftigen Rüstungskontrollpolitik der Regierung vor, aus dem sich bereits die Implikationen einer doppelten Null-Lösung herauslesen ließen.<sup>11</sup> Es entsprach in etwa den Passagen, die Weißer und Teltschik für die Kanzlerrede während der Stationierungsdebatte am 23. November 1983 im Bundestag verfasst hatten, war aber zunächst weder im AA noch im BMVg bekannt,<sup>12</sup> wo man selbst an umfangreichen Strategiediskussionen zu den Implikationen der Stationierung für die künftige Rüstungskontrollpolitik saß. Ohne Wissen beider Häuser hatte Kohl dagegen bereits im Frühjahr 1984 Richard Perle und Richard Burt stellvertretend für den amerikanischen Bündnispartner ins Kanzleramt eingeladen und ihnen seine Vorstellungen zur künftigen Bündnisstrategie vorgelegt.

Kern des Papiers war der Hinweis auf das notwendige Schließen der nuklearen Eskalationslücke im Fall ungefährender strategischer Parität, woraus sich geradezu zwangsläufig die doppelte Null-Lösung ergab. Zwar wurde dabei von Weißer eine Obergrenzen-Lösung nicht ausgeschlossen, die Betonung der notwendigen Stärkung des konventionellen Sektors in Erwartung einer Eskalati-

---

11 So Weißer im Gespräch mit dem Verfasser.

12 Friedrich Ruth, Rüstungskontrollbeauftragter im AA 1977–1986, im Gespräch mit dem Verfasser.

onslücke im eurostrategischen Bereich legte aber nahe, dass man sich auch im Kanzleramt für Doppel-Null bereits entschieden hatte. Eindeutig gilt somit, dass zwischen 1983 und 1985 an diesem Bündnisziel, wie es Reagan eben bereits 1981 formuliert hatte, innerhalb der Regierung zumindest öffentlich nicht groß gerüttelt worden ist – auch wenn auf der Arbeitsebene natürlich alternative Überlegungen angestellt worden sind.

Spannungen traten dann seit 1985 auf, als die Verhandlungen über die Abschaffung des INF-Potentials wieder in Gang gekommen waren. Von da an hatte das Kanzleramt zwar weiterhin immer das Ziel einer Null-Lösung bei den INF-Systemen längerer Reichweite (1.000–5.500 km) im Auge, plädierte aber sowohl aus den eben skizzierten innerparteilichen und koalitionsinternen Gründen wie auch aufgrund von Befürchtungen vor einer schleichenden Denuklearisierung, wie sie sich natürlich auch in den umfassenden Abrüstungsverhandlungen aus Washington abzeichnete, zumindest vorübergehend für Obergrenzen. Immerhin sah sich der Westen in der verbliebenen und verbleibenden Kategorie der Mittelstreckenwaffen mit einer kürzeren Reichweite zwischen 500 und 1.000 km einer bedrückenden Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber. Noch zu Beginn des Jahres 1987 machte der Kanzler deutlich, dass auch in Reykjavik verabredet worden sei, Verhandlungen über die SRINF ohnehin erst nach einem Abkommen über die LRINF zu führen – und das in einem Abstand von sechs Monaten.<sup>13</sup> Das Auswärtige Amt hingegen plädierte weiterhin auch in dieser Phase weitestgehend vorbehaltlos für die „doppelte Null-Lösung“.

Erst ab Juni 1987, nachdem Washington einwilligte, dass die Pershing IA nicht Gegenstand der laufenden Abrüstungsverhandlungen würden, sah sich Bonn seinerseits gezwungen, nunmehr auch weiteren Abrüstungsverhandlungen über Kurzstreckenwaffen unterhalb von 500 km zuzustimmen. Dies wurde dann auch die offizielle Marschroute für die NATO-Ministertagung im Juni 1987 in Reykjavik.<sup>14</sup> Und nur zwei Monate später gab der Kanzler zunächst in einem Vieraugen-Gespräch mit Genscher, und dann schließlich in einer Erklärung vor der Bundespressekonferenz seine Bereitschaft zu erkennen, unter bestimmten Voraussetzungen auf die Pershing IA zu verzichten.<sup>15</sup> Mit dieser Erklärung trug auch die Bundesregierung ihren Teil dazu bei, dass es schließlich zur Unterzeichnung des INF-Vertrages am 7. Dezember 1987 in Washington kam.

---

13 Vgl. Bericht zur Lage, 4. März 1987, in: Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2014, S. 508.

14 Vgl. Informationsdienst NATO (Hg.): Das Atlantische Bündnis. Tatsachen und Dokumente. Brüssel 1990, S. 176f.

15 Vgl. Erklärung des Bundeskanzlers zur Pershing IA am 26. August 1987, in: Bulletin, Nr. 80, 27. August 1987, S. 682ff.



*Ausblick*

Für die Bundesregierung gab es in der Frage der Pershing IA wenig Spielraum, auch wenn es sich formal um eine „autonome Entscheidung“ (Genscher) handelte, da die Sprengköpfe für die Pershing IA unter alleiniger amerikanischer Verfügungsgewalt standen. Zweifelsohne konnte vor allem Genscher im Nachhinein für sich und die FDP in Anspruch nehmen, diesen Durchbruch mitbewirkt zu haben, vor allem aber in der Frage der Doppel-Null-Lösung zumindest nach außen hin am konsequentesten geblieben zu sein. Genscher befand sich allerdings von Beginn an unter ungleich geringeren partei- und koalitions-internen Zwängen als der Kanzler. Dieser verstand es in einer umstrittenen Frage, zwischen AA und BMVg zu vermitteln und vorerst zu verhindern, dass es am Ende gar wie 1979 zur Koalitionsfrage kam. Für Kohl kam dies einer politischen Gratwanderung gleich, bei der er einerseits dem Druck aus München wie von der Hardthöhe und in der eigenen Partei so lange wie innenpolitisch möglich und international vertretbar Rechnung zu tragen suchte, bei der er aber andererseits angesichts der politischen Entwicklungen auch nicht übersteuerte; das Abkommen, dies wussten der Kanzler wie Genscher, würde die internationale politische Entwicklung befördern. Es hatte nicht nur weitreichende sicherheitspolitische Konsequenzen, sondern brachte die entscheidenden Impulse für die Ost-West-Beziehungen.<sup>16</sup> Jedenfalls endete mit ihm zunächst ein „unverzeihliches Abenteuer“, wie Gorbatschow es rückblickend bezeichnet hat, das dem politischen Gegner in Washington geradezu in die Hände gespielt habe.<sup>17</sup>

---

16 Vgl. Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag am 2. September 1987, in: Bulletin, Nr. 82, 3. September 1987, S. 697ff.

17 Michail Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 620f.